

Dr. Reinhard J. Voß
Den Frieden vorbereiten ... – „preemptive peace“
Ev. Akademie Arnoldshain, 29.11.2003

0. Aktuelles aus der Friedensbewegung

In der letzten Woche haben wir „friedenspolitische Richtlinien“ in der Friedensbewegung verabschiedet (ein Exemplar zum Kopieren).

Kurz zu diesem Papier: Auf einer Strategiekonferenz der „Kooperation für den Frieden“ in Dortmund wurde Ende September beschlossen, "**Friedenspolitische Richtlinien**" ausführlich zu diskutieren und noch 2003 zu veröffentlichen. Damit wird der Anspruch erhoben, strategisch und nicht nur aktionspolitisch den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von Minister Struck ein Konzept entgegen zu stellen, das sich nicht von einem militärischen Sicherheitsverständnis leiten lässt, sondern einer positiven Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedenspolitik verpflichtet und von konsequenter ziviler Prävention gekennzeichnet ist. Einleitend heißt es zur Funktion dieses Papiers: „Diese Thesen formulieren, nicht zuletzt an die Adresse der Bundesregierung, Anforderungen für eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient. Gleichzeitig sind sie Grundlage für die Diskussion über Perspektiven der Friedensbewegung und Arbeitsmaterial für die Kooperation.“

Das Papier geht anfangs thesenhaft auf Ursachen von Krieg und Gewalt sowie auf die Spannung von Sicherheitsbedürfnis und „Sicherheitspolitik“ ein und betont als wichtiges Grundmotiv die „Solidarität mit den Opfern der Kriege“. Ein Kapitel nimmt dann Stellung zur „Friedenspolitik als Querschnittsaufgabe“; weitere Kapitel behandeln die Bundeswehr im Kontext von „Abrüstung und Entmilitarisierung“ sowie Europa als „Friedens- statt Militärmacht im UN-Rahmen“. Abschließend wird der Ausbau von Formen und Instrumenten Ziviler Konfliktbearbeitung - wie des Zivilen Friedensdienstes – gefordert und zum Aufbau einer Kultur des Friedens, aber auch des gewaltfreien Widerstands, aufgerufen. Praktische Kampagnen-Hinweise für 2004 ergänzen die Stellungnahme und spitzen sie politisch zu, u.a. mit dem Hinweis auf Aktionen zum nächsten weltweiten Aktionstag anlässlich des ersten Jahrestages des Irakkrieges am 20.3.2004.

1. „preemptive peace“ – vorbeugende Friedensarbeit

Prof. Thomas Hoppe, Theologe an der Bundeswehrhochschule in Hamburg, hat kürzlich in der pax christi-Zeitschrift Kluges zum Thema „Präemption“ ausgeführt: „Gewaltprävention in einem veränderten politischen Umfeld“

„Der Anschlag vom 11. September 2001 machte auf bisher nicht gekannte Weise die Verwundbarkeit hochindustrialisierter Gesellschaften durch terroristische Gewaltanwendung deutlich. Für die amerikanische Außenpolitik stellt sich seitdem die Minimierung der Gefahr von terroristischen Anschlägen oder militärischen Angriffen mit Massenvernichtungswaffen als eine Aufgabe höchster Priorität dar. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002 proklamiert, dass die

Vereinigten Staaten gegen aufkommende Bedrohungen „präemptiv“ vorgehen würden, bevor sie voll ausgeprägt sind – ggf. auch mit Gewalt. Doch in dieser Auslegung des Selbstverteidigungsrechts verwischt der Text zugleich die wesentliche Differenz, die zwischen *präemptiven* und *präventiven* Militäreinsätzen liegt. Mit dem Begriff „präemptiv“ wird ein Vorgehen bezeichnet, das in einen unmittelbar bevorstehenden oder bereits begonnenen gegnerischen Angriff gewissermaßen „hineinläuft“ und nur noch dessen Folgen für den Angegriffenen abzumildern sucht. Eine solche Handlungsweise ist nicht von vornherein völkerrechtswidrig - im Unterschied zu präventiver Gewaltanwendung, die einer erst künftig möglicherweise bedrohlichen Situation vorzubeugen sucht. Der Präemptionsbegriff der Nationalen Sicherheitsstrategie erweist sich jedoch als so stark erweitert, dass er der Sache nach präventive Gewaltanwendung mit umfasst.

(...) Die kirchlichen Positionsbestimmungen im jüngsten Irakkonflikt, in denen wiederholt auf die völkerrechtliche wie ethische Unzulässigkeit von Präventivkriegen hingewiesen wurde, trafen daher ins Zentrum der aktuellen Problematik: Neue Formen terroristischer Gewaltanwendung drohen letztlich das bisherige völkerrechtliche Friedenssicherungssystem mitsamt seinem allseits verbindlichen Gewaltverbot zum Einsturz zu bringen.“

In den Kirchen (z.B. im Dokument „Gerechter Friede“ (GF) der DBK vom Sept. 2000) geht es ebenso klar um einen erweiterten Sicherheitsbegriff wie bei der UNO, wo man diesen mit „Human security“ bezeichnet und damit wirtschafts-, entwicklungs- und sozialpolitische sowie ökologische Dimensionen mit einbezieht. So wird der Horizont traditioneller außen- und militärpolitischer Reflexion überschritten. Einvernehmen herrscht über den zentralen Stellenwert, der dem Schutz der Menschenwürde und der Durchsetzung von Menschenrechten zukommen muss, nicht aber über die Mittel dazu.

Im Bischofswort „Gerechter Friede“ heißt es:

„Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Konflikts liegt ... darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen und deshalb nur allzu leicht in einem Übermaß an Gewalteininsatz enden kann“ (GF 151). Man muss sich also fragen: Welche Alternativen eröffnen sich jenseits der vordergründig manchen einleuchtenden Präemptions-Strategie? Ist „preemptive peace“ mehr als ein schönes Wortspiel?

„Friedenssichernde Strukturen im internationalen System müssen schwach bleiben, solange „gerade die starken Länder oder Bündnisse dazu neigen, sich eher auf die eigene Kraft als auf die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen zu verlassen“ (GF 102f.). Deswegen sollte das gegebene System multilateraler Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen nicht zugunsten unilateraler Handlungsmöglichkeiten der bis auf weiteres stärksten politischen und militärischen Macht relativiert werden. Trotz aller Unzulänglichkeiten ist dieses System der bislang

überzeugendste Versuch, insbesondere in Entscheidungen über Krieg und Frieden das Wohl der gesamten Völkergemeinschaft hinreichend zur Geltung zu bringen. Zwar bedeutet es für die USA eine enorme Versuchung, weltweit ordnungspolitische Aufgaben im Selbstverständnis eines „wohlwollenden Hegemons“ zu übernehmen. Dies läuft aber im Grunde auf neue Weltherrschaftsstrukturen hinaus, zumal deren ökonomische Dimensionen durch die militärischen abgesichert werden. Statt dessen sollte „nationalstaatliches Handeln gerade im Gebiet der Sicherheitspolitik auf internationale Zustimmungsfähigkeit durch die verregelte Kooperation in autorisierten Institutionen der Staatengemeinschaft bedacht“(Hoppe) bleiben.

*

In den USA hat die dortige Sektion von Pax Christi Ende Juli einen Studientag in New York zum „preemptive peace“, zum vorbeugenden Frieden veranstaltet. Untertitel: „Jenseits von Terrorismus und Gerechtfertigtem Krieg“. Ziel war und ist die Suche nach einem globalen Rahmen inclusive einer gewaltfreien Ethik, um gewaltförmige Konflikte und Kriege im 21. Jahrhundert zu überwinden. Dazu waren VertreterInnen aus Palästina, DR Kongo, den Philippinen, El Salvador, Pakistan, Indien, Kroatien und Deutschland, Ruanda und Sudan eingeladen, um mit der US-Sektion von Pax Christi neu nachzudenken.

Ich will aus der durch diesen Tag inspirierten Rede des Nationalen Koordinators, meine Kollegen Dave Robinson, zitieren, um die Sicht der nordamerikanischen Freunde zu verdeutlichen.

„Am 11. September 2001 wurde diese Stadt und dieses Land tief verwundet. Tausende Menschen wurden durch einen schrecklichen Gewaltakt getötet. Die Herzen von Zehntausenden brachen über diesem Verlust von Brüdern, Schwestern, Kindern, Müttern, Vätern und Freunden. Und in unserer gemeinschaftlichen Verletztheit klagten wir und viele bekamen große Angst.

Aber seit diesem Moment, jetzt schon seit zwei Jahren, ist es die Antwort unserer Regierung auf diese Wunde gewesen, zu bomben, zu morden, einzuschüchtern und jedes Land zu beherrschen, das nicht willig war, sich ihrem Willen zu beugen. Die Antwort unserer Regierung auf diese Wunde war, uns zu belügen. Das Volk dieses Landes, und in arroganter Weise die Interessen und Belange der restlichen Welt zu ignorieren, um ihren eigenen Rachedurst zu stillen und seine gierige Politik („greed“) zu beschleunigen.

(Er weist dann darauf hin, dass durch das horrendes Militärbudget – gerade bewilligte der Kongress weitere 87 Mrd. USDollar Kriegeshilfe! - die sozialen Nöte in den USA zunähmen.)

Ich sage euch, lieber Freundinnen und Freunde: diese Wunde unseres Landes wächst seit dem 11. September, die Infektion wird schlimmer und vertieft sich täglich weiter. Und unser Land fährt fort, sich selbst krank zu machen und den Rest der Welt dazu - durch ihren Rückgriff auf die Gewalt, durch ihr Anbeten des Krieges.

Aber, ihr Lieben, wir wissen es doch besser. Lasst die frei, die gefesselt sind – und eure Wunde wird schnell geheilt sein. Lasst die Unterdrückten frei – und

eure Wunde wird schnell geheilt sein. Teilt euer Brot mit den Hungrigen – und eure Wunde wird schnell geheilt sein. Schützt die Unterdrückten und Obdachlosen - und eure Wunde wird schnell geheilt sein.

Die Ethik unserer Regierung ist nicht die Ethik unserer Glaubensstradition. Eine Ethik die all ihre Antworten in Gewalt findet, ist nicht die Ethik Jesu. Eine Ethik, die einen Moment nationaler Unsicherheit dazu nutzt, die Vision globaler ökonomischer und militärischer Dominanz zu erweitern, ist nicht die Ethik, die wir von Jesaja hören. Es ist nicht die Ethik des Reiches Gottes. Es mag die Ethik von Georg Bush´s Pax Americana sein; aber ich sage euch heute: es ist nicht die Ethik der Pax Christi!“

2. Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) als neue Vision und Praxis der 90er Jahre

Ich frage im zweiten Teil meiner Ausführungen zunächst grundsätzlich und sodann sehr praktisch-politisch nach dem Stand der ZKB in unserem Land. Ich bin überzeugt, dass der römische Imperiums-Spruch „Si vis pacem para bellum“ ausgedient hat und es heute nur noch heißen kann: Frieden schaffen mit friedlichen Mitteln (Galtung); „Frieden ist der Weg“ (Gandhi), oder neu-römisch: Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“

In dem anfangs zitierten Friedenspolitischen Richtlinien aus der Friedensbewegung heißt es dazu unter der Überschrift „Zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär ausbauen“:

“Weil das Zusammenleben von Menschen und Völkern immer von Konflikten geprägt ist, werden Strukturen und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung gebraucht.

“Zivile Konfliktbearbeitung“ (ZKB) ist der bewusste Einsatz nicht-militärischer Mittel zur Vermeidung, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Auseinandersetzungen. ZKB ist ein weites Aufgabenfeld und zugleich ein Gesamtsystem von Institutionen und Mitteln. Der Grundgedanke ist die Suche nach Lösungen, die für alle Beteiligten eines Konfliktes akzeptabel sind. Die ZKB ist von der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden und zu fördern, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auf keinen Fall sind ZKB-Maßnahmen in militärische Maßnahmen einzuordnen oder diesen unterzuordnen.

Für internationale Konflikte werden u.a. folgende Instrumente der ZKB genutzt:

Friedenssicherung und Gewaltprävention (peacekeeping):

Frühwarnsysteme, die rechtzeitig vor einem gewaltsamen Ausbruch warnen und Möglichkeiten aufzeigen, wie gewaltverhütend eingegriffen werden kann, werden aufgebaut, bzw. bestehende wie das Konfliktverhütungszentrum der OSZE in Wien werden unterstützt.

Im Zentrum dieser Arbeit steht die genaue Beobachtung der Konfliktgegenstände, der Anliegen der Konfliktparteien, der Gefahren der Eskalation sowie der Sichtweisen aller Beteiligten. Ebenso wichtig ist das Monitoring, d.h. die Beobachtung und Überwachung umstrittener Ereignisse,

z.B. von Wahlen, um damit internationale Präsenz zu zeigen, zu dokumentieren und Öffentlichkeit herzustellen. Eine weitere Möglichkeit ist der Schutz gefährdeter Personen durch Begleitung internationaler Beobachter.

Friedensschaffung, Problemlösungsansatz (peacemaking):

Mit Hilfe von stiller Diplomatie können indirekte Kontakte zwischen Konfliktparteien etabliert oder Verhandlungsvoraussetzungen geschaffen werden. (z.B. einen Verhandlungsort zur Verfügung stellen). Mediation kann angeboten werden, um in den Verhandlungsvorgang vermittelnd einzugreifen. Gewalterfahrungen führen oft zu kollektiven Traumata. Deswegen sind Methoden wichtig, mit denen der Beziehungsaspekt der beteiligten Gruppen auf unterer gesellschaftlicher Ebene wieder verbessert werden kann. Genauso wichtig ist die Stärkung der Konfliktbearbeitungskompetenz der Konfliktparteien, welche durch Friedenserziehung, Beratung, Schulung u.s.w. zu erreichen ist. Auch durch Schiedsgerichtsbarkeit, durch positive und negative Sanktionen kann zwar mittels Druck, aber auf nicht-militärischem Wege, Einfluss in Richtung Problemlösung genommen werden.

Friedenskonsolidierung (peacebuilding):

Durch Aufbau-, Entwicklungs-, Flüchtlings- und humanitäre Hilfe wird zur Stabilisierung des Friedens beigetragen. Kredite, Fachkräfte und Wiedereingliederungsbeihilfen sind dabei weitere Möglichkeiten. Hilfen beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen stärken die zivilgesellschaftliche Ebene und damit die Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaft, mit ihren Konflikten auf gewaltvermeidende Art umzugehen.“

Der Ausbau des Zivilen Friedensdienstes als eines von Nichtregierungsorganisationen mit professionellen Fachkräften angebotenes Konfliktmanagement wird gefordert, das in nationalen und internationalen Konflikten mit den Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung tätig wird. Ebenso wichtig ist die Vernetzung der verschiedenen Träger der Zivilen Konfliktbearbeitung, u.a. über die „Deutsche Stiftung für Friedensforschung (DSF)“ und die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“.

Zum Schluss heißt es dann:

“Für diese Arbeit müssen die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden. Es geht nicht an, dass das Militär als „letztes Mittel“ tausendfach besser ausgestattet ist, als die Mittel der ersten Wahl, die Mittel ziviler Konfliktbearbeitung.“

Das erinnert mich an ein Wort des vor wenigen Jahren verstorbenen mennonitischen Theologen John Howard Yoder aus den USA, der die „Politik Jesu“ für die Historischen Friedenskirchen neu entdeckte und in unserem Zusammenhang schrieb (übersetzt von mir nach einem Zitat aus der oben zitierten Rede von Dave Robinson, PC USA, am 1.8.2003):

„Diejenigen, die mehr oder minder schnell in Situationen von Ungerechtigkeit behaupten, es gäbe keine gewaltfreien Lösungen mehr, tun dies in der Regel auf eine Weise, die eine verantwortliche intensive Suche nach anderen Optionen vermeidet. ... Die militärische Option, die sie so schnell empfehlen, erfordert eine sehr lange Vorbereitungszeit; sie erfordert die Vorbereitung von Führungskräften durch Spezialtrainings, Erziehungseinrichtungen und viel Erfahrungslernen; sie erfordert finanzielle und technische Ressourcen mit Hilfe sehr umfangreicher

staatlicher Gelder; und sie erfordert breite Allianzen. Sie schließt die Bereitschaft mit ein, Leben zu verlieren und Leben zu töten, die Bereitschaft, andere kulturelle Werte für eine ganze Generation oder länger zu opfern, die Bereitschaft, Familien auseinander zu reißen.

So nämlich wird die Entscheidung/Behauptung, dass im Hinblick auf ähnliche Ziele „Gewaltfreiheit nicht wirkt“, getroffen ohne irgend eine vergleichbare Investition von Zeit oder Kreativität, ohne eine vergleichbare Bereitschaft zum Opfer, ohne einen ernsthaft vergleichbar hohen Kosteneinsatz. Die amerikanische Armee würde nicht „funktionieren“, wenn wir nicht Milliarden Dollar ausgaben, um sie auszurüsten und auszubilden.

Warum sollte es fair sein, die moralischen Anforderungen an eine alternative moralische Strategie durch eine Debatte zu beurteilen, die von dieser anderen Strategie verlangt, die gleichen Resultate mit unvergleichbar niedrigeren Kosten zu erbringen?“

Ab 1996/97 entdeckten und übernahmen die Entwicklungsdienste die aus der Friedensbewegung kommende Idee des „Zivilen Friedensdienstes“. Hier ein Schaubild der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe von 1997:

<p>Schaubild AGEH: „Entwicklungsdienst und Zivile Konfliktbearbeitung“, Köln 1997</p>
--

Eine aktuelle Zusammenstellung der mittlerweile weiter entwickelten und erprobten „Instrumentarien und Verfahren“ ziviler Konfliktbearbeitung in diesen drei Phasen – I: Gewaltprävention; II: Intervention und Deeskalation; III: Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung - legte kürzlich die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden“ vor (Faltblatt „Zivile Konfliktbearbeitung, Heidelberg 2003 – Kopie verteilen)
Bezug: Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg; Tel. 06221 – 16 19 78; E-mail:
buero.heidelberg@wfga.de

*

Zum politischen Stand der „Zivilen Konfliktbearbeitung“ in Deutschland ist Folgendes zu sagen.

Seit einigen Jahren gibt es „Zivile Konfliktbearbeitung und Zivile Friedensdienste“ als politische Programme und Projekte, um Friedens- und Menschenrechtsarbeit zu verbinden, konkret um etwa Folgendes zu fördern: Solidarität mit den Abhängigen; Vermittlung zwischen Konfliktparteien als außenstehende „Dritte Partei, Aufdecken von strukturellen Ungerechtigkeiten, gemeinsame Lösungssuche mit allen Betroffenen, Verhinderung von Gewalt, Suche nach Win-Win-Lösungen, Rückkehr- und Integrationsbegleitung, Re-Zivilisierung von Soldaten, Trauma-Arbeit, Aufbau von Zivilgesellschaft, u.a.m.

Es ist von 1998-2003 deutlich mehr an offiziellen staatlichen Initiativen in diesem Bereich hinzu gekommen. Wie das zu bewerten ist, wird zu diskutieren sein.

Politisch werden diese Neuansätze seit 1997/98 **„Friedensfachdienste“** genannt und sind seit 1998 dem **BMZ** angegliedert, über das auch Friedensorganisationen staatliche Gelder für Versöhnungs-, Menschenrechts- und Friedensprojekte bekommen können. Dem BMZ zugeordnet ist eine politische Fach-Beratungsstelle **„FriEnt“** (Friedens-Entwicklung bzw. Frieden/Entwicklung) entstanden.

Wie stark diese politischen Ansätze mittlerweile das **BMZ** unter Ministerin Wieczorek-Zeul prägen, zeigen etwa deren „Aktuellen Leitlinien“ vom Juli 2003 (FR-Doku vom 10.7.03: „Europas Partner Afrika“) mit folgenden fünf Schwerpunkten:

1. Verbesserung der Regierungsführung (Good governance), Stärkung der Demokratisierung und Dezentralisierung, Achtung der MR und Stärkung der Position von Frauen
2. Krisenvorbeugung und Krisenfolgen-Beseitigung
3. „Investitionen“ in Menschen und Förderung sozialer Grunddienste, Seuchenbekämpfung (Aids)
4. Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft
5. Erhalt und nachhaltige Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen

Ein fast 10 Jahre bestehendes, sehr praktisches politisches Forum ist das **„Forum Menschenrechte“**. Es betreibt ständige Lobbyarbeit gegenüber der deutschen Regierung in Menschenrechtsfragen. In einem breiten Bündnis von über 40 bundesweiten Friedens- und Menschenrechts-Organisationen werden folgende Schwerpunkte politisch beobachtet und kommentiert: Gewalt gegen Frauen, Flüchtlings- und Asylpolitik, Rassismus, Humanitäre Hilfe, „WSK“-Rechte (z.B.: europäische Sozialcharta; soziale MR in Deutschland), Asyl und Minderheiten in der EU sowie Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

Ein großer Erfolg im Inland ist die Errichtung des neuen **Instituts für Menschenrechte** in Berlin ab 2002. Neben Information, Dokumentation und anwendungs-orientierter Forschung zählen Politikberatung, menschenrechts-bezogene Bildungsarbeit und internationale Kooperation zu seinen Aufgaben. Es wird gemeinsam finanziert von den Ministerien Justiz, Außen und Entwicklung. Sein neuer Direktor, Dr. Heiner Bielefeld, war u.a. enger Mitarbeiter der katholischen Kommission Justitia et Pax.

Parallel dazu ist im letzten Jahr 2002 das **Zentrum für Internationale Friedenseinsätze** (zif) in Berlin unter Leitung von Dr. Winrich Kühne geschaffen worden. Es bereitet zivile Fachkräfte für UN-, OSZE - und EU-Missionen vor, wie Wahlbeobachtung, Factfinding, Aufbau von Zivilgesellschaft, Nation building etc. - Drei zentrale Aufgaben hat diese juristisch unabhängige, aber dem Auswärtigen Amt zuarbeitende Stelle zu erfüllen:

- Vorbereitungskurse (Training Unit)
- Aufbau eines Personalpools von mehrern 1000 Fachkräften (Recruitment Unit)
- Analyse und konzeptionelle Entwicklung von Friedens-Einsätzen und internationaler Vernetzung (Analysis Unit)

Interessant ist auch, dass das seit einem Vierteljahrhundert existierende **Diplomatenprogramm „InWEnt“** – bisher mehr befasst mit Außenwirtschafts-Förderung, Entwicklungs-Zusammenarbeit und Umweltdiplomatie - im letzten Jahr auf den Bereich Krisenprävention ausgedehnt worden ist, z.B. für Teilnehmende aus Afrika: Zusammen mit dem **BICC (Bonn International Center for Conversion)** werden im ersten zweijährigen Pilotprogramm Krisenexperten aus Afrika zu jährlich zwei sechswöchigen Trainingskursen eingeladen. Ursachenanalyse, interkulturelle Kommunikation. Interministerielle Kooperation, Techniken für bi- und multilaterale Verhandlungen stehen auf dem Programm.

Als ein politisches Gegenüber solcher staatlicher Stellen wird zunehmend die zivilgesellschaftliche **„Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)“** wahrgenommen, in der ein breites Bündnis von Friedensforschung und Friedensbewegung kooperiert. In dieser Plattform wird 2003 ein **„NRO-Aktionsplan zur ZKB“** erarbeitet (Eingabeschluss der Fragebögen war der 14.7.03), der parallel und in streitigem Dialog – als „komplementäre Bestandsaufnahme“ - zum regierungsamtlich geplanten **„Aktionsplan der Zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention für die BRD“** politisch eingebracht wird. Diese

Fachberatung ist von Regierungsseite ausdrücklich erwünscht!

Diese Erhebung der „Plattform“ listet die Fülle von Aktivitätsmöglichkeiten auf, angefangen von der Förderung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen (incl. Wahlbeobachtung, Rechts-, Polizei- u.a. Fachberatung, Streitschlichtungsverfahren, etc) über friedenspolitische Aktivitäten (zu Wertefragen, Gerechtigkeit, Frieden, MR, Leitbilder, Gender-Fragen, etc) und politische Aktionen (vom Boykott bis zur Lobbyarbeit), Konfliktmanagement, Versöhnungsarbeit und zivile Friedendienste, friedenspolitische Bildungsarbeit als „indirektes Konfliktmanagement“, friedenspolitische Lobbyarbeit und Friedenallianzen/ Netzwerkbildung bis hin zu vielfältiger Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kommen Aktivitäten der „Friedenskonsolidierung“ mit Programmen zu Entwaffnung, Demobilisierung, Konversion, KDV und Resozialisierung - sowie die Förderung der Analyse und Instrumente der Friedensforschung. (Konfliktanalysen, Krisenbeobachtung, Monitoring, Best-Practice-Studien, usw.)

Fazit: Im Bereich der nichtstaatlichen Organisationen und deren Vernetzung ist also – auch und gerade mit Unterstützung kirchlicher Organisationen und in Kooperation mit staatlichen Stellen – eigentlich sehr viel erreicht worden; jedenfalls mehr als noch vor wenigen Jahren denkbar war. ABER man muss fragen: was hilft alle Lobbyarbeit, wenn die Eingaben scheitern an ministeriellen Machtworten, an internationalen Politikzwängen, an Opportunitätsgründen und Macht-Rücksichten?! Es ist ein ständiges Ringen – wer wüsste das besser als die Beteiligten! Man denke nur an die fragwürdigen Begründungen des Irakkrieges, deren Lügengebäude erst jetzt wirklich öffentlich werden – nachdem neue militärische Fakten geschaffen wurden.

*

Insofern reicht es noch lange nicht aus, ZKB als Methode und Strukturelement zu entwickeln; es müssen noch zwei Stufen hinzu kommen:

- A. eine systematische Strategie der Kriegsprävention (conflict prevention) muss entwickelt werden.
- B. Der Aufbau eine „Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“ (UNO) zur „Überwindung von Gewalt“ (Ökumenischer Rat der Kirchen) – s.d. parallelen Dekaden von 2001-2010 - muss gefördert werden.

Dazu noch einige Hinweise und Anregungen.

3. „Conflict prevention“ als neue Strategie

Konfliktprävention, besser übersetzt mit Kriegsprävention muss als neues politisches und strategisches Konzept weiter entwickelt werden. Dies wird eine Aufgabe des nächsten Jahrzehnts sein. Angesichts des im Irakkrieg offenbar gewordenen Zynismus von „Präventivkrieg“ wird es umso wichtiger, Initiativen zu fördern, die entstehende Spannungen rechtzeitig entschärfen helfen.

Ein aktueller Ansatz dazu ist die auch von pax christi unterstützte **Initiative UNCOPAC**: „United Nations Commission on Peace and Crisis Prevention“. (Nähere Informationen unter www.pro-uncopac.info) - eine vielversprechende Initiative zur Gründung einer neuen Präventions-Kommission bei der UNO. **UNCOPAC** wurde

vorgeschlagen von der deutschen Delegation auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 und gestartet aus der Friedensforschung in Österreich („Linzer Appell für Friedenspolitik“). Die Sektionen von pax christi in Deutschland und Österreich unterstützen dieses Statut für **UNCOPAC**, in dem es heißt:

„Zur Beförderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wird UNCOPAC im Vorfeld von gewaltträchtigen Konflikten präventiv tätig. Sie [die Kommission] initiiert und fördert Maßnahmen zur Weiterentwicklung der friedlichen Streitbeilegung und Krisenprävention. Sie unterstützt Schritte zur weltweiten Stärkung von Friedensarbeit, Friedenserziehung und Friedensforschung und koordiniert diese auf internationaler Ebene.“

Im Jahre 2005 wird die UNO eine Konferenz durchführen zur „Rolle der Zivilgesellschaft in der Verhütung bewaffneter Konflikte“. Vorbereitend dazu arbeitet besonders das Europäische Netzwerk für Konfliktprävention, von dem auch die Initiative ausging. (European Centre for Conflict Prevention – ECCP – mit Sitz in den Niederlanden) - (www.conflictprevention-dialogue.org)

Das ECCP schlug als Antwort auf eine Empfehlung des UN-Generalsekretärs im Jahre 2002 ein „integriertes globales Programm von Forschung, Konsultation und Diskussion“ vor, das zu einer Konferenz am Hauptsitz der UNO in New York im Jahre 2005 führen soll. Kofi Annan unterstützt diese Initiative ausdrücklich. Mit diesem Prozess und dieser Konferenz sollen „die internationale Politik und das Denken über Kriegsverhütung beeinflusst, die Beziehungen zu UNO und ihren Unterorganisationen geklärt, bessere Beziehungen der Zivilgesellschaften zu den Regierungen aufgebaut, die zivilen Netzwerke konsolidiert und lokale Prozesse im kommenden Jahrzehnt in gang gesetzt werden“. (Zitat von der genannten homepage)

Konrad Raiser, der scheidende ÖRK-Generalsekretär hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Kirchen mit ihrem weltweiten Netz ein ideales Frühwarnsystem für entstehende Krisen sein könnten.

Von der Missionszentrale der Franziskaner in Bonn kommt nun eine ähnliche Idee aus der katholischen Kirche, eine Art ökumenische Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen aufzubauen. Die Idee geht zurück auf Klaus Liebetanz, einen Experten aus dem Krisenoperationsbereich. Ziel wäre die Prävention von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch rechtzeitiges Aufdecken von Hasspropaganda gegen bestimmte Volksgruppen, Adressenerfassung von Opfergruppen, Verwendung beschönigender Tarnbegriffe für geplante Tötungen und Entwicklung paramilitärischer Mordeinheiten. Viele kirchliche Einrichtungen sind weltweit tätig und haben oft entsprechende Informationen, gerade im Entwicklungsbereich; aber eine solche koordinierende Struktur der Krisenprävention fehlt bislang. Nähere Auskünfte: Stefan Herbst, MZF, Albertus-Magnus-Str. 39, 53177 Bonn, Tel. 0228-953 5320

Alle diese Bemühungen zeigen, dass wir an der Schwelle der Verwirklichung einer neuen Idee stehen, deren Formen noch unklar, aber deren Bedarf offensichtlich ist: Konflikte rechtzeitig analysieren, warnen und entschärfen, damit es nie wider zur Perversion von „Präventivkriegen“ kommt.

4. Zum Aufbau einer „Kultur des Friedens“

Abschließend zur positiven Vision einer „Kultur des Friedens“ ein paar Ratschläge von Johan Galtung aus dessen neuem Buch „Neue Wege zum Frieden“, (hg. vom BSV, Minden 2003)

Vorweg eine kurze Erklärung zum A-B-C-Dreieck Galtungs; dann 2-3 Folien, wenn Zeit bleibt.

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">A. Forschungsspektrum der TRANSCEND - Initiative Galtungs (S. 14f.)B. Eingreifen, aber wie? – Richtlinien/Empfehlungen (S. 18f.)C. Eingreifen, wie eher nicht: Medien und Politik-Kritik (S. 38f.) |
|--|

*

Dr. Reinhard J. Voß c/o pax christi, Pf. 1345, 61103 Bad Vilbel. Tel. 06101-2073 Email:
r.voss@paxchristi.de